

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Nach der Wahl

DIE LINKE hat in Berlin ihr Wahlziel erreicht, sie hat im Vergleich zu 2011 Wähler*innen im Ost- und im Westteil der Stadt hinzugewinnen können. In allen Bezirksverordnetenversammlungen im Westteil der Stadt ist DIE LINKE nunmehr in Fraktionsstärke vertreten.

Am 6. Oktober beginnen die Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD, den Grünen und der LINKEN zur Bildung einer gemeinsamen Regierung.

So weit, so gut.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf hat die Anzahl der Wähler*innen von 2011 halten können. Durch die höhere Wahlbeteiligung insgesamt ergibt sich für uns ein Minus von 5,1 % bei den Stimmen für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung. Wir erreichten 26 % und sind damit vor der AfD, die 23,2 % erreichte, weiterhin die stärkste Partei. Bei den Zweitstimmen zum Abgeordnetenhaus betrug das Minus 3,8 % wir erreichten 23,5%. Die AfD allerdings 23,6 %.

Bitter ist der Verlust der Direktwahlkreise 1 und 3 an die AfD, damit sind Wolfgang Brauer und Gabriele Hiller nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten.

Knapp ging auch der Wahlkreis 4, Regina Kittler mit einer Differenz von 24 Stimmen, an die CDU (Christian Gräff) verloren. Sie bleibt aber über die Landesliste Abgeordnete.

Manuela Schmidt errang ihren Wahlkreis 2 erneut, Kristian Ronneburg eroberte den Wahlkreis 6 von Sven Kohlmeier, SPD, zurück, damit sind beide im Abgeordnetenhaus vertreten. Olaf Michael Ostertag erreichte im Wahlkreis 5, den Mario Czaja (CDU) erneut gewinnen konnte, für DIE LINKE den zweiten Platz.

Wir haben trotz eines engagierten Wahlkampfes für unsere Partei Wähler*innen nicht hinzugewinnen können. Das wäre erforderlich gewesen, um die Wahlziele zu erreichen. Im Übrigen ist das im Bezirk nur der CDU und vor allem der AfD gelungen, alle anderen Parteien, haben nicht nur relativ, sondern auch absolut verloren, am meisten die SPD.

Aus dem Kommunalwahlergebnis ergibt sich für die Sitzverteilung in der Bezirksverordnetenversammlung: DIE LINKE 16, AfD 15, SPD und CDU jeweils 11, Grüne 2.

Die Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/ die Grünen akzeptieren, dass DIE LINKE als stärkste Partei das Vorschlagsrecht für die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle hat. Zur Bildung des Bezirksamtes und zur

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2

Gekämpft bis zum Umfallen und dennoch verloren / Vorfreude auf die IGA

Seite 3

Stadtplan für Berlin / Petra Pau: Schweizer Käse made in Germany

Seite 4

Dagmar Pohle, Juliane Witt: Dank und Bitte / Manuela Schmidt: Freud und Leid dicht beieinander

Seite 5

BVV: Eine Wahlperiode geht zu Ende / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6

Ein Jahr nach Merckels: Wir schaffen das! / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7

Vor 80 Jahren: Inter-Brigaden gebildet / LPT für Koalitionsverhandlungen

Seite 8

Vermischtes: Tipps, Termine / Hinten links: internet



Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und Fraktionen über die gesamte kommende Legislaturperiode von fünf Jahren gibt es zurzeit gemeinsame Gespräche.

Der AfD steht nach dem Wahlergebnis ein Bezirksstadtrat zu (DIE LINKE 2, SPD 1, CDU 1), wie in sechs weiteren Bezirken Berlins auch.

Wir werden auf einer außerordentlichen Hauptversammlung am 8. Oktober und dann in Folge das Wahlergebnis auswerten, die ersten Schlussfolgerungen ziehen.

Wir werden unsere Kandidatinnen für das Bezirksamt nominieren und die Delegierten für den Landesparteitag neu wählen.

Es wird darauf ankommen, im Bezirk Marzahn-Hellersdorf unsere Strukturen vor Ort zu stärken, im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben, den Konsens zwischen allen demokratischen Parteien gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit beispielhaft zu leben und die zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen zu unterstützen.

So kann durch eine grundlegende Veränderung des Politikstils auch im Bezirk verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden, wenn im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Lebensumwelt der Bewohner*innen unseres Bezirkes, gerade auch in den sozial schwachen Stadtteilen, im Mittelpunkt der Arbeit steht. DIE LINKE ist mit ihrem Wahlprogramm ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Wir danken allen, die uns ihr Vertrauen gaben, wir danken allen, die uns im Wahlkampf geholfen haben.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist nicht nur eine Herausforderung für uns, DIE LINKE, sondern auch für alle demokratischen Parteien und die Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf, in unserer Stadt Berlin und in unserem Land.

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender

Wahlkreis 3: Gekämpft bis zum Umfallen und dennoch verloren. Versuch einer Erklärung

Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen sind beendet und trotz des sehr guten Ergebnisses der Landespartei bedeuten sie für DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, aber auch für den gesamten Bezirk einen tiefen, ja einen verheerenden Einschnitt. Erstmals ist eine rechtsextreme, fremdenfeindliche, rassistische Partei in einer Größenordnung gewählt worden, die beängstigend ist und die uns Demokraten parteiübergreifend alarmieren muss. Wir müssen fragen, ob unsere Politik in den vergangenen fünf, zehn, fünfzehn Jahren richtig war. Da sind aus meiner Sicht erhebliche Zweifel angebracht. Einige Indizien seien angeführt. In Hellersdorf-Nord hat sich der Zustand der sozialen Instabilität verfestigt. Die Zahl von Menschen in prekären Verhältnissen ist unverändert hoch. Jedes dritte Kind lebt von Hartz 4, es gibt Schulen, in denen 90 % der Kinder lernmittelgeldbefreit sind. Wir, mein Wahlteam und ich, haben im Wahlkampf eine große Resignation bemerkt. Viele Menschen kommen mit ihren Alltagsproblemen nicht klar - Verschuldung, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit bzw. Arbeit mit geringfügigem

Einkommen, Altersarmut. Diesen Leuten ist oft durch die vielen sozialen Angebote, die es ja gibt, nicht geholfen. Armut wird dort lediglich verwaltet, nicht bekämpft. Wichtige Themen in meinem Wahlkreis bleiben völlig ungelöst: das Abgleiten der Hellen Mitte. Keine Lösungen zum Gut Hellersdorf. Fehlende Kita-Plätze. Nicht mal eine so simple Frage wie das zügige Überqueren der Straße am Kino konnte gelöst werden. Das alles dominierende Thema dieses Wahlkampfes jedoch war das Flüchtlingsthema. Die Angst der Leute, dass ihnen etwas weggenommen würde, war unverkennbar. Die Missgunst, dass Geflüchtete besser als sie gestellt würden, dass Leistungen an geflüchtete Menschen höher als ihre eigenen Sozialleistungen ausfallen könnten. Die Sorge, die Refugees könnten ihnen Jobs wegnehmen. ... Die Sorge, die Schulen könnten noch weiter problembehaftet werden. - Und in dieser Situation stimmt der Bezirk zu, dass gerade in dem Gebiet mit den meisten sozialen Problemen zwei Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden. Kein Schulneubau. Kein Freibad. Stattdessen die IGA, die sich viele Leute hier nicht leisten können. UND Flüchtlingsunterkünfte.

An dieser Stelle, so meine ich, kam das Fass zum Überlaufen. Die Frage „Was tut Ihr eigentlich für uns?“ wurde negativ beantwortet. Dazu kam die offensichtliche Provokation der SPD-CDU-Regierenden: kein Flüchtlingsheim im Siedlungsgebiet. Schulneubauten finden zuerst in der Siedlung statt (übrigens auch Straßenberuhigung, -bau). Diese Aneinanderreihung unterschiedlicher Problemketten führte dann zu einer Protesthaltung, die sich in der Wahl der AfD äußerte.

Ich meine, dass wir der Zuspitzung dieser Problemsituation nicht genügend entgegen-gesteuert haben. Dass wir unseren Protest, unsere Sicht auf die Situation nicht oder nur zu leise ausgedrückt haben. Wir werden von einem Teil der Bewohner*innen als Teil der Herrschenden wahrgenommen - und entsprechend abgestraft.

Dass der Bezirksbürgermeister Komoß abgewählt wurde, betrachte ich als gutes Zeichen nach außen. Es wird nicht genügen. Es muss sich was ändern am Stadtrand, damit sich die Menschen hier nicht abgehängt fühlen. Und dafür muss sich auch unsere Politik, unser Stil Politik zu machen, ändern.

Dr. Gabriele Hiller

Vorfreude auf die IGA

Die Gondeln hängen, die Spannung steigt, internationale Gäste kommen jetzt schon in den Bezirk und sind gespannt, was die IGA bringt. Im Bezirk selbst geht es schon heftig an die Vorbereitung der Darbietungen auf den Bühnen. Aus dem Aufruf an über 200 Vereine und Künstlergruppen haben sich um die 50 Projekte gemeldet, die nun auch ihren Platz finden werden. Zu den kreativen Projekten, die nun im Rahmen der IGA bereits fixiert sind, gehört die Präsentation von Künstlern in der Ausstellung der seit vielen Jahren bestehenden „Künstlerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ in der IGA Markthalle. Auch wenn das Programm noch im Feinschliff ist und dann im November der Presse vorgestellt werden wird, ist Jugend- und Kulturstadträtin Juliane Witt erfreut, wie viele Projekte bereits aktiv geplant werden. „Mir war wichtig, dass alle Jugendprojekte, Kitas und Künstlerinitiativen angesprochen werden. Das ist im Frühjahr geschehen, die meisten Projekte wurden durch den Koordinator, Herrn Lutz Weber, persönlich aufgesucht und ein direkter Plan erstellt, wie die Präsentation in die IGA 2017 eingebunden werden kann.“ Die Künstlerinnen der „Frauenkunstkarawa-



Öffentliches Künstlerpicknick

Foto: privat

ne“, werden eine Ausstellung im „Saal der Empfänge“ präsentieren.

Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Präsentation Junge Musik sein. Zu den musikalischen Partnern der IGA gehören deshalb die beliebten Rockfestivals, die durch das ORWO Haus und den Verein Rock im Grünen veranstaltet werden.

Das Jugendamt hat mit einem eigenen Bandwettbewerb unter dem Titel „Ditt Rockt“ besonders die Jugendlichen in den Clubs, Schulen und Freizeiteinrichtungen angesprochen. Natürlich ist auch die Musikschule dabei.

Das beliebte „Marzahn-Hellersdorfer Sängerfest“, jährlicher Höhepunkt auf der Bies-

dorfer Parkbühne, wird im Rahmen der IGA die musikalische Vielfalt der Chöre im Bezirk zeigen.

Zu den Literaturprojekten gehört der berlinweite Schreibwettbewerb „Oasen in der Großstadt“, für den das Team der Schreibwerkstatt Marzahn-Hellersdorf bereits überall Werbung macht. Die Abschlussveranstaltung der Preisträger wird mit Horst Evers sein! Cabuwazi wird mit den Städtepartnern eine Kinder- Zirkus-Woche zelebrieren.

Eine Woche lang werden die jungen Gäste im Bezirk wohnen, Jugendliche aus dem Kiez treffen und mit ihnen und Berliner Artisten eine gemeinsame Bühnenpräsentation vorbereiten.

MHL/J.W.

Terroristenstaat

Außerhalb seiner Grenzen
Menschenschlachthof-blutig
Gesinnungsbürger weltweit
ihr unsichtbarer Pass: explosiver Hass
detonierende Rache
für Angriffe gegen IS
durch US-Bomber
Luftwaffe anderer Länder
befeuern islamistisches Gemetzel

Jürgen Riedel

Stadtplan Berlin – 12 Projekte für eine soziale, demokratische und ökologische Stadtentwicklung

Berlin ist eine großartige Stadt: alte und neue Heimat für Millionen, Ort der Toleranz und Vielfalt, Magnet für Menschen, Innovationen und Investitionen, Stadt der großen und kleinen Träume, bunte Mitte Deutschlands. Aber Berlin wird schlecht regiert. Ein handlungsunfähiger Senat hat die eskalierenden Probleme jahrelang verschleppt. Das tägliche Chaos in den Bürgerämtern macht den Menschen das Leben schwer. Schulen und Kitas leiden unter politisch verantworteter Mangelwirtschaft. Die Berlinerinnen und Berliner werden vom rasanten Veränderungsprozess der Stadt überrollt. Immer mehr Menschen können sich Berlin einfach nicht mehr leisten und werden verdrängt. Arroganz, Machtvergessenheit und Filz bestimmen das Handeln eines Senats, der sich lange für alternativlos hielt. Berlin braucht einen besseren Senat, der für die Menschen in der Stadt engagiert Politik macht. Wir legen 12 Projekte vor, die Berlin sozialer, demokratischer und ökologischer machen wollen. Sie sind Teil eines Dialogangebotes an die Berlinerinnen und Berliner. Dieser Dialog darf und wird nicht am Wahltag enden. Ein besserer Senat braucht die Bevölkerung, die sich einmischt und Druck macht, als Partnerinnen und Partner für die Durchsetzung einer besseren Politik. Wir wollen Verantwortung für Berlin übernehmen und die Stadt den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben.

1) Sozialer Zusammenhalt statt Ausgrenzung:

Armut und soziale Spaltung nehmen in Berlin zu. Immer mehr Menschen leiden darunter, dass ihr Einkommen nicht mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt hält. Der neue Senat muss seine Spielräume für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts konsequent ausnutzen.

2) Bezahlbare Mieten statt Spekulation:

In Berlin herrscht Wohnungsnot. Nirgendwo sind die Mieten so stark gestiegen wie hier. Immer mehr Menschen werden aus ihren angestammten Kiezen an den Rand der Stadt verdrängt. Berlin braucht mehr bezahlbare Wohnungen.

3) Integration statt Politikversagen:

Der Senat hat bei der professionellen Registrierung und menschenwürdigen Unterbringung der nach Berlin kommenden Flüchtlinge versagt. Wir wollen, dass Geflüchtete schnellstmöglich in Wohnungen untergebracht werden. Aber immer noch leben in Berlin 25.000 Flüchtlinge in Notunterkünften. Dieser untragbare Zustand muss beendet werden. In einem ersten Schritt sind ... Maßnahmen nötig, bis ausreichend Wohnraum vorhanden ist. Menschenwürdige Unterbringung ist der erste Schlüssel für gelingende Integration.

4) Gute Bildung statt Schulchaos:

An Berliner Schulen regiert der Frust. Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte leiden unter unzureichender Ausstattung mit Personal, Räumen und finanziellen Ressourcen. Der Senat hat weder angemessen auf die wachsende Zahl von Schülerinnen und Schüler reagiert

noch eine Strategie für die eskalierenden Ausstattungsprobleme entwickelt. Wir wollen, dass der nächste Senat neben einem Schulbau- und -sanierungsprogramm (siehe Punkt 5) entschlossen die Beseitigung des Mangels an Lehrerinnen und Lehrern in Angriff nimmt.

5) Investieren statt reparieren:

Berlin braucht dringend Investitionen in die vernachlässigte soziale Infrastruktur. Viele Schulen und öffentliche Gebäude sind in einem erbärmlichen Zustand. Krankenhäuser und die soziale Infrastruktur sind unterfinanziert, bei der verkehrlichen Infrastruktur besteht ein erheblicher Investitionsrückstand. Wir wollen den gigantischen Investitionsstau innerhalb der nächsten 10 Jahre abbauen und uns damit auch unkonventioneller Finanzierungswege bedienen.

6) Arbeit statt Stütze:

Trotz eines deutlichen Rückgangs der Erwerbslosigkeit sind immer noch viele Menschen in Berlin ohne Beschäftigung. Auch viele Flüchtlinge finden nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir wollen in den kommenden Jahren möglichst viele dieser Menschen in Arbeit, Aus- und Fortbildung integrieren.

7) Mitbestimmung statt Bevormundung:

Viele Menschen fühlen sich im Veränderungsprozess Berlins nicht mitgenommen, weil sie weder gefragt noch beteiligt oder angehört werden. Wir wollen erreichen, dass sich die Berlinerinnen und Berliner wieder einfacher in die Stadtpolitik einmischen können und die Ergebnisse von Volksentscheiden respektiert werden. Wir wollen mehr direkte Demokratie wagen.

8) Mobilität statt Fahrpreisspirale nach oben:

Seit 2011 steigen in Berlin die Fahrpreise kontinuierlich. Diese Entwicklung hängt viele Menschen von der Mobilität innerhalb der Stadt ab, die aber eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe am sozialen Leben ist. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und umkehren.

9) Verkehrswende statt Superstau:

Berlin steht immer öfter im Stau, weil über lange Jahre falsche Prioritäten in der Verkehrspolitik gesetzt wurden. Die Zukunft des städtischen Verkehrs gehört nicht dem Auto. Wir wollen ein Verkehrssystem, in dem man ohne Auto mobil sein kann, Bahnen und Busse nicht mehr im Stau stehen und Gesundheit wie Klima nicht durch Feinstaub und CO₂-Ausstoß gefährdet werden.

10) Verlässlicher öffentlicher Dienst statt Terminchaos:

Der Ruf des Berliner öffentlichen Dienstes ist katastrophal, obwohl viele Menschen in der Berliner Verwaltung gute Arbeit leisten. Das Chaos am LaGeSo und in den Bürgerämtern ist deutschlandweit zum Synonym für Verwaltungsversagen geworden. Der amtierende Senat hat es versäumt, eine Strategie für die zuverlässige Aufgabenerfüllung bei steigenden Anforderungen und steigenden Bevölkerungszahlen zu entwickeln. Hier muss der nächste Senat umsteuern. *Fortsetzung auf Seite 4*

Petra Pau (MdB): Schweizer Käse made in Germany

Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich derzeit im Bundestag mit der Praxis deutscher Geheimdienste. Der NSU-Ausschuss versucht, Licht ins Dunkel der Nazi-Mordserie und das totale Staatsversagen zu bringen. Dabei geht es wieder und wieder um das Tun oder Lassen der Ämter für Verfassungsschutz (VS). Der NSA-Untersuchungsausschuss ist Folge der Snowden-Enthüllungen über US-Geheimdienste und geht der drängenden Frage nach, welche Rolle bei alledem der Bundesnachrichtendienst (BND) spielte und spielt. In beiden Fällen herrscht im Bundestag Einigkeit, dass sich etwas ändern muss, genauer, dass er etwas ändern muss. Also werden neue Gesetze beschlossen bzw. vorbereitet. Mit ihnen endet die Übereinstimmung allerdings flugs.

Schon vor Jahresfrist wurde ein Gesetz zum Verfassungsschutz verabschiedet. Als Konse-

quenz aus dem Versagen beim NSU-Skandal, lobten sich CDU, CSU und SPD. Und so erhielt das Bundesamt für Verfassungsschutz mehr Kompetenzen, mehr Geld und mehr Personal. Außerdem wurde die fragwürdige V-Leute-Praxis, die sich weitgehend in einer rechtlichen Grauzone abspielte, weitgehend legalisiert. Kurzum: Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz wurde aufgewertet und hochgerüstet.

Beim Auslandsgeheimdienst BND deutet viel daraufhin, dass er bei der weltweiten Totalüberwachung durch den NSA der USA arbeitsteilig dabei war und ist. Aber wie der Verfassungsschutz beim NSU, so lässt sich auch der Bundesnachrichtendienst beim NSA nicht in die Karten gucken. Logisch, denn welcher Geheimdienst kann das schon, ohne sich selbst aufzugeben. Wieder ergriffen CDU, CSU und SPD die Initiative. Die Kontrolle des BND müsse professioneller

werden, tönten sie. Das zuständige Gremium des Bundestages könne das nicht, jedenfalls nicht genügend. Und so sieht ihr Gesetzentwurf eine Aufpass-Instanz vor, deren Mitglieder von der Bundesregierung auserwählt und berufen werden sollen. Oberkontrolleur - so hört und liest man - soll Guido Müller werden, bislang Vize-Präsident des BND. Wer ob alledem lacht, hat Humor.

Selbst Gerhard Schindler gehört zu den Kritikern dieses Vorhabens. Bis vor kurzem war er Chef des BND. Das Gros der zur Anhörung im Innenausschuss geladenen Experten bewertete den Gesetzentwurf der großen Koalition grundsätzlich als „problematisch“ bis „gefährlich“. Es berge Tendenzen zur Generalüberwachung aller Bürgerinnen und Bürger. Schweizer Käse halt, made in Germany. Denn die Eidgenossen haben gerade erst in einer Volksabstimmung ihren Geheimdiensten mehr Macht zugebilligt.

Dagmar Pohle, Juliane Witt: Dank und Bitte

Viele Menschen haben uns vor der Wahl die Daumen gedrückt. Noch mehr haben uns nach dem 18. September gratuliert. Darin war Erleichterung zu spüren, aber auch Betroffenheit und Sorge. Die guten Nachrichten für DIE LINKE sind Anlass zur Freude. Wir haben als DIE LINKE unser absolutes Stimmenergebnis halten können. Insgesamt hat DIE LINKE in Berlin mit + 4 % zugelegt. In allen 12 Bezirksverordnetenversammlungen der Hauptstadt gibt es erstmals Fraktionen. Auch der Wahlkampf im Bezirk ist erfolgreich gelaufen. Viele Genossinnen und Genossen, Unterstützerinnen und Unterstützer haben dazu beigetragen, über die letzten fünf Jahre hinweg in der BVV und den Gremien, aber auch in den letzten Monaten und Wochen vor dem Wahltag. Wir möchten uns dafür ganz herzlich bedanken. Ohne diese Unterstützung, die Bearbeitung der dringenden Anliegen, die hilfreichen Anregungen beim Kiezspaziergang, das Gespräch mit den Nachbarn über den Gartenzaun hätten wir dieses Ergebnis nicht erreichen können. Junge und alte Genossinnen und Genossen, Sympathisanten und neue Mitstreiter waren an den Wahlständen, bei Festen, beim gemeinsamen Suppekochen oder der Verteilung von unserem Kurzwahlprogramm Tag und Nacht im Einsatz.

Es hat sich gelohnt. Die schlechte Nachricht: In zwei Wahlkreisen hat trotz Präsenz und Einsatz vor Ort die AfD das Direktmandat gewonnen. Unser Dank geht an Wolfgang Brauer und Gabriele Hiller, Ihr habt eine tolle Arbeit geleistet, aber es hat nicht gereicht. Dr. Manuela Schmidt und Kristian Ronneburg haben den Wahlkreis gewonnen und gehören wie Regina Kittler, die auf der Landesliste nominiert war, nun der neuen Abgeordneten-

hausfraktion an. Zwei weitere Wahlziele wurden erreicht: DIE LINKE ist wieder die stärkste Fraktion in der BVV geworden. Sie wird die Bürgermeisterin stellen und hat mit neuen Bezirksverordneten die Aufgabe, die demokratischen Kräfte zu bündeln und zu stärken. Gleich nach dieser guten Information wurde aber auch schon deutlich, dass die AfD die zweitstärkste Partei stellen und im Bezirksamt Verantwortung übernehmen wird. Aktuell werden Gespräche mit SPD, CDU und Bündnisgrünen geführt, die die Zusammenarbeit im neuen Bezirksamt und die Arbeit der BVV betreffen. Für uns ist wichtig, dass die Kommunikation und Art der Entscheidungsfindung im Bezirksamt grundsätzlich einer Neubestimmung bedürfen. Die Bürgerinnen und Bürger haben im Wahlkampf deutlich ihre Forderungen benannt. Sie wollen Informationen, die rechtzeitig, verständlich und transparent sind. Sie wollen wissen, warum Entscheidungen getroffen werden und was dies in Konsequenz für den unmittelbaren Stadtraum bedeutet. Sie wollen ein Gremium, in dem Disens ausdebattiert wird und das Bezirksamt gemeinsam Verantwortung übernimmt. Sie wollen Miteinander und Unterstützung für Geflüchtete anbieten – aber brauchen klare Organisation und Kommunikation. All das muss einfließen in die politische Arbeit, die gemeinsam von den Abgeordneten, den Bezirksverordneten und den Bezirksamtsmitgliedern zu leisten ist. Es wird eine der ersten Aufgaben sein, einen transparenten Politikstil zu etablieren und gleichzeitig die demokratischen Grundlagen fest zu verankern. Für diese schwierigen Aufgaben unter erschwerten Bedingungen stehen wir bereit. Alle, die uns dabei unterstützen wollen, sind willkommen, mit Ideen, Zeit und Kraft.

Dr. Manuela Schmidt: Freud und Leid dicht beieinander

Selten hatte ein Wahlausgang zwei so gegensätzliche Gesichter für unsere Partei wie jetzt in Berlin. Zum einen dürfen wir uns wirklich freuen. Wir haben unser Wahlziel erreicht: 15 Prozent plus x. Als einzige der bisher im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben wir prozentual und absolut zugelegt. Und wir sind in allen 12 Berliner Bezirken in Fraktionsstärke in den Bezirksverordnetenversammlungen vertreten. In drei Bezirken haben wir die Chance, wieder eine Bezirksbürgermeisterin zu stellen, in Mitte haben wir wieder ein Mandat im Bezirksamt, in Neukölln haben wir ein Bezirksamtsmandat nur denkbar knapp verfehlt. Das ist das eine Gesicht der Wahl vom 18. September in Berlin. Und das ist großartig!

Das andere Gesicht gleicht einer hässlichen Fratze. In unserem Bezirk haben wir zwei Wahlkreise an die AfD verloren und auch in allen anderen Wahlkreisen hat die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse geholt. In der Bezirksverordnetenversammlung stellt diese Partei die zweitstärkste Fraktion. Nun

ist es weder mir noch anderen Beteiligten so kurz nach der Wahl schon möglich, bereits



„DIE LINKE kocht's hoch“ - eine Wahlkampfaktion, die ankam, mit Manuela Schmidt in Aktion. Foto: T. Braune

die Ursachen zu analysieren. Schnell kommt der Ruf nach „Sozialprotest“ und dass wir uns wieder stärker um die sozialen Themen kümmern müssen. Das ist mit Sicherheit richtig. Doch so einfach ist es nicht. Wir müssen uns für die Analyse Zeit nehmen, und wir können

Fortsetzung von Seite 3

Stadtplan Berlin ...

11) Öffentlich, ökologisch und bürgernah statt privat und profitorientiert:

Das Berliner Stadtwerk, für das sich 2013 rund 600.000 Berlinerinnen und Berliner ausgesprochen haben, fristet ein Nischendasein, weil seine Spielräume gesetzlich und durch zu wenig Eigenkapital erheblich eingeschränkt sind. Wir wollen die Voraussetzungen für ein starkes, bürgernahes und ökologisch orientiertes Stadtwerk schaffen.

12) Sicherheit statt Angst:

Unabhängig von der tatsächlichen Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, haben Menschen in unserer Stadt Angst vor Kriminalität und ein Bedürfnis nach Sicherheit. Trotz Ausweitung von polizeilichen Befugnissen und häufigen teuren Großeinsätzen hat sich das Sicherheitsgefühl im Alltag eher verschlechtert. Wir wollen ausreichend bürgernahe Polizei und Feuerwehr vor Ort statt medienwirksamer Law-And-Order-Politik.



Der vollständige Wortlauf hier:

http://www.die-linke-berlin.de/politik/positionen/partei/strategiedebatte/stadtplan_berlin/?contUId=100337

das auch nicht allein lösen. Die Ursachen sind vielschichtig und natürlich nicht nur auf unseren Bezirk begrenzt. Und auch nicht auf die Großsiedlung. Die AfD hat auch im Siedlungsgebiet viel zu viele Stimmen geholt.

Und trotzdem ist jetzt erst einmal die Zeit, dass wir uns freuen. Wir haben alle gemeinsam in unserem Bezirk einen engagierten und gut sichtbaren Wahlkampf geführt.

Dafür gebührt allen Beteiligten großer Dank. Und zwei Wahlkreise haben wir direkt gewonnen – Kristian Ronneburg und ich sind direkt in das Abgeordnetenhaus eingezogen und Regina Kittler über die Landesliste. Damit sind wieder drei Abgeordnete aus Marzahn-Hellersdorf fester Bestandteil unserer Fraktion. Und unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus hat jetzt 27 engagierte

Mitstreiterinnen und Mitstreiter – acht mehr als in der letzten Wahlperiode. Auch das ist großartig! Also lasst uns jetzt freuen und Kraft sammeln. Denn die werden wir brauchen für die Herausforderungen, die jetzt vor uns stehen!

BVV: Eine Wahlperiode geht zu Ende

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf am 29. September 2016

Die letzte Sitzung der BVV vor der Neukonstituierung nach den Wahlen begann mit einer Feierstunde, umrahmt von musikalischen Beiträgen von Schülerinnen und Schülern der Hans-Werner-Henze-Musikschule. Anlässlich der ersten freien Kommunalwahlen in Berlin nach dem zweiten Weltkrieg am 20. Oktober 1946 sprach als Festredner Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Jahn wies mit Hinblick auf die nun in die BVV einziehende AfD – auch wenn er sich nicht direkt nannte – darauf hin, dass eine lebendige Demokratie es auch neuen Kräften möglich macht, in der BVV zu sitzen. Er mahnte zu einem respektvollen Umgang unter den Gewählten sowie dazu, die Demokratie und das Parlament ernst zu nehmen. Alle gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter trügen die Verantwortung dafür, dass sich eine Diktatur nicht wiederholt. Der Rede Jahns folgten Dankesreden und versöhnende Worte der Stadträte und Stadträtinnen, der Fraktionsvorsitzenden sowie der Vorsitzenden der Seniorenvertretung, Regina Saeger. Aber auch mahnende Worte kamen aus den Reihen der Linksfraktion: So rief der Fraktionsvorsitzende Bjoern Tielebein dazu auf, den Konsens der demokratischen Frak-

tionen zum Umgang mit Feinden der Demokratie auch in der kommenden Wahlperiode zu wahren und menschenverachtenden und – an Roland Jahn anschließend – demokratiegefährdenden Tendenzen entschieden entgegenzutreten.



Die BVV-Vorsteherin K. Bernikas dankt den Bezirksstadträtinnen J. Witt und D. Pohle für die gute Zusammenarbeit.

Foto: T. Braune

Die LINKE-Kulturstadträtin Juliane Witt wies in ihrer Rede darauf hin, dass die Demokratie nicht nur vom Gang zur Wahlurne alle vier oder fünf Jahre lebe, sondern vor allem vom direkten Eingreifen der Bürgerinnen und

Bürger in Entscheidungsprozesse bzw. von ehrenamtlicher Arbeit vor Ort abhängt. Sich dem Gefühl des „wir gegen die da oben“ und der Resignation hinzugeben – auch wenn die Kritik an gewählten Volksvertretern bzw. Volksvertreterinnen in vielen Fällen berechtigt ist – führe nicht zu Veränderungen, sondern zur Resignation.

Unsere Gesundheits- und Sozialstadträtin Dagmar Pohle rief dazu auf, Vorschläge zur Wahl der bezirklichen Seniorenvertretung vom 27. bis 31. März 2017 einzureichen sowie an der Wahl teilzunehmen. Die Vorschläge können noch bis einschließlich Montag, den 24. Oktober 2016, eingereicht werden.

Unsere Anträge gegen eine zusätzliche Brücke über das Wuhletal und für die Wiedersichtbarmachung von Kunstwerken im öffentlichen Raum wurden neben dem umstrittenen Antrag zur Fortsetzung des Modellprojekts Frauensporthalle in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Ge-

legenheit zum fraktionsübergreifenden Austausch gab es beim abschließenden Buffet und einem Glas Sekt.

Thomas Braune



Zum Geburtstag der Mark-Twain Bibliothek wurde diesmal ein ganz besonderer Gast eingeladen. Eduard Geyer, der letzte Trainer der DDR-Fußball-Nationalmannschaft, präsentierte nicht nur sein Buch mit dem Titel „Einwürfe“, sondern bot in offener und heiterer Weise Einblick in sein Leben, seinen Umgang mit Niederlagen und die Verantwortung für die junge Generation. Kulturstadträtin Julia Witt war auch nach der BVV am 29. September am Ende des Tages noch gern als Gast dabei, um der Bibliothek herzlich zu gratulieren und den Gast einzuladen, auch 2017 mit mehr Zeit die IGA und den Bezirk zu besuchen.

Foto: Claudia Dressel für DIE HELLERSDORFER

Kurz informiert

Aus dem Bezirksvorstand: Wahlauswertung

Kurz vor den Berlinwahlen kam der Bezirksvorstand zusammen und fand die LINKE in 5 von 6 Wahlkreisen des Bezirkes in den Umfragewerten vorn. Darin sahen wir eine Bestätigung für den intensiven Wahlkampf vor Ort, aber keinen Anlass zu verfrühtem Jubel. Zu Recht: Noch mehr Wähler als erwartet machten am nordöstlichen Stadtrand ihre Kreuzchen bei der AfD. Trotz oder gerade wegen der ausländerfeindlichen Stimmung, die die Blauen auch auf ihren Plakaten verbreitete: Man wollte „Denen da oben“ eine Lektion erteilen. Und so verlor DIE LINKE zwei Wahlkreise im Norden an die Völkischen, wo unsere Wahlkämpfer um Gabi Hiller und Wolfgang Brauer nach Einschätzung der Akteure vor Ort im Wahlkampf von den anderen politischen Parteien in der Auseinandersetzung mit der AfD kaum aktiv unterstützt wurden. Erfreulicher die Bilanz in der Mitte des Bezirkes: Die Marzahner Hochburg der LINKEN schmolz zwar etwas ab, konnte aber das Direktmandat von Manuela Schmidt verteidigen. Nicht von ungefähr: Auch außerhalb der Wahlkämpfe war gerade dort DIE LINKE regelmäßig als Ansprechpartner für ihre Wähler vor der Kaufhalle sichtbar! Und der Neuling unter den Bewerbern um ein Direktmandat, Kristian Ronneburg, konnte in Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord den selbst-

ernannten Liebling Kaulsdorf von der SPD und den fleißigen CDU-Mitbewerber hinter sich lassen, knapp vor der AfD gelang hier ein Zugewinn für DIE LINKE. Fast tragisch der Ausgang in Biesdorf-Süd: Regina Kittler wenige Stimmen hinter dem bisherigen CDU-Stadtrat Gräff. Den künftigen Kollegen im Abgeordnetenhaus wird sie daran erinnern, dass er sich in Wählerbriefen mit „ich habe die Flüchtlingsunterkunft vor eurer Haustür verhindert“ bei potentiellen AfD-Wählern anbiederte.

Nicht zu vergessen das ordentliche Ergebnis für Olaf Michael Ostertag im Czaja-Wahlkreis! Die offene Unterstützung des VdGN kurz vor der Wahl für die CDU hat sicherlich im Süden unseres Bezirkes zum Zuwachs für Schwarz gegen den Berlin-Trend beigetragen. An der Vorstandssitzung nahm auch Dagmar Pohle teil. Als bezirkliche Spitzenkandidatin der LINKEN und Wahlsiegerin nimmt sie die Herausforderung an, ein handlungsfähiges Bezirksamt (mit einem AfD-Stellvertreter!) auf die Beine zu stellen. Auf der Hauptversammlung der LINKEN am 8. Oktober wird die Strategie der Partei unter der stark veränderten politischen Gemengelage im Bezirk das Hauptthema sein.

Uli Clauder

Wie sieht es aus, ein Jahr nach Merkels „Wir schaffen das“?

In Informationsveranstaltungen zu neuen Standorten für Geflüchtete, für die ich mich in den letzten Monaten besonders verantwortlich gefühlt habe, hat sich gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger von der herrschenden Politik enttäuscht sind, und das auf mehreren Ebenen. Trotz Wirtschaftswachstum, trotz Rückgangs der Arbeitslosigkeit sind viele Sorgen gewachsen, sind die Ängste eher gestiegen. Das Empfinden ist: Weder im Bund, noch im Land Berlin, noch im Bezirk wurden wichtige Themen so angegangen, dass die Menschen sich gut informiert, inhaltlich ernst genommen und sinnvoll beteiligt fühlen. Eine sinnvolle Kommunikation über die Unterkünfte und Informationen über die wirklichen Zahlen der Geflüchteten ist weder durch die Bundesregierung noch den Senat erfolgt. Das hat, wie nun auch der Bundesinnenminister eingestehen musste, Ängste geschürt. Auch ein Jahr nach der Ankunft sind Turnhallen, auch im Bezirk, nicht geräumt, eine bereits vor mehr als einem Monat eingerichtete Entlastungsunterkunft nicht belegt. Verantwortliches Management durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und das Landesamt für Flüchtlinge geht anders!

Aktuell leben in unserem Bezirk ca. 2.300 Geflüchtete und Asylsuchende in zwei Gemeinschaftseinrichtungen, vier Notunterkünften in festen Gebäuden und zwei Turnhallen. Seit über einem Monat ist eine Containerunterkunft in der Zossener Straße baulich fertigge-

stellt, nach langen Querelen zur Benennung eines Betreibers und der Einrichtung der Unterkunft sollen nun hoffentlich Mitte Oktober die Bewohnerinnen und Bewohner der beiden Turnhallen einziehen können. Vorab wird es

fertiggestellt werden. Dann werden dort weitere ca. 1.600 Menschen, vor allem Familien, einziehen können. Ich dränge massiv darauf, endlich die Betreiber für diese Gemeinschaftseinrichtungen durch das Landesamt



für Flüchtlinge zu benennen, damit wir die Anwohnerinnen und Anwohner nicht nur informieren, sondern gemeinsam mit den Betreibern auch die Eröffnung vorbereiten und gute Bedingungen für eine gedeihliche Nachbarschaft schaffen können. Dazu brauchen wir alle, die uns bereits unterstützt haben oder gerade in den Aktionen rund um den Wahlkampf zu

noch einen Tag der offenen Tür geben, damit sich die Anwohnerinnen und Anwohner ein Bild von den Wohnbedingungen ihrer neuen Nachbarn machen können. Und gern sind engagierte Ehrenamtliche gewünscht, die den Menschen Unterstützung geben, sich in ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden. Im Laufe der nächsten Monate werden die im Bau befindlichen modularen Unterkünfte

uns gefunden haben, junge Menschen, die es nicht zulassen wollen, dass der Bezirk wieder in eine rassistische Ecke rückt. Es ist gut, dass sich viele engagieren wollen. Vor allem aber ist es nötig.

Ein Dankeschön an alle, die schon jetzt ihre Unterstützung deutlich gemacht haben. Es kommt auf jede und jeden an.

Dagmar Pohle

Aus den Siedlungsgebieten: Linke unterliegen in Mahlsdorf/Kaulsdorf und knapp in Biesdorf gegen CDU-Kandidaten

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zur Bezirksverordnetenversammlung haben auch in den Siedlungsgebieten ihre Spuren hinterlassen. In Mahlsdorf/Kaulsdorf konnte Mario Czaja sein Direktmandat verteidigen und Christian Gräff konnte in Biesdorf knapp vor der Kandidatin der LINKEN, Regina Kittler, den Wahlkreis Marzahn-Süd/Biesdorf erobern. Olaf Michael Ostertag konnte immerhin 16,2 Prozent der Stimmen in Mahlsdorf und Kaulsdorf erreichen und damit den zweiten Platz unter den Bewerbern. Die Art und Weise des Wahlkampfes der beiden CDU-Politiker hinterlässt aber einen schalen Beigeschmack. So nutzten diese ihre Mitgliedschaft im VDG, um über deren Vorsitzenden Ohm und Herrn Beleites für CDU-Kandidaturen zu werben. Herr Beleites rief sogar dazu auf, mit allen drei Stimmen CDU zu wählen, und warnte vor dem „Experiment Rot-Rot-Grün“ als ganz furchtbar für alle Grundstücksbesitzer. Der VDG versteht sich nach seiner Satzung als eine „Solidargemeinschaft“, die sich 1994 im Kampf gegen Diskriminierung und Enteignung der ostdeutschen Grundstücksbesitzer

gegründet hatte. Dabei waren es heutige Linkspolitikerinnen, die im Deutschen Bundestag gerade diese Interessen immer wieder artikuliert und im Politikbetrieb deutlich gemacht haben. Dass sich z.B. mit der Wahlempfehlung gegen das VDG-Mitglied Regina Kittler oder gegen langjährige aktive Mitglieder wie den Linkspolitiker Eberhard Roloff gerichtet wurde, hat die VDG-Führung nicht gestört. Sie haben sich gegen das Prinzip der Solidargemeinschaft für einen „CDU-Club“ entschieden. Dass der CDU Kandidat Gräff in Biesdorf aber dann in einem „Bürgerbrief“ noch damit punkten wollte, dass er sich wegen der Rückläufigkeit der Flüchtlingszahlen gegen Flüchtlingsunterkünfte im Wahlkreis aussprach, war unterste Schublade. Denn in den Notunterkünften der Stadt leben noch Tausende Menschen in Hallen und der Bürgerkrieg in Syrien und im Irak wird mit Unterstützung der Russen, der USA, Saudi-Arabiens, des NATO-Partners Türkei ungebrochen auf Kosten der Zivilbevölkerung weitergeführt. Der wieder gewählte Bezirksverordnete Olaf Michael Ostertag hat versichert, dass er auch in den kommenden fünf anstrengenden

Jahren gemeinsam mit seinem Wahlkampfteam für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner im Wahlkreis wirken wird. Regina Kittler ist über die Landesliste der LINKEN wieder im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten. Ihr können die Biesdorferinnen und Biesdorfer auch weiterhin dabei vertrauen, dass deren Probleme gehört und einer Lösung zugeführt werden. Für uns Linke bleibt auch weiterhin der Ausbau der sozialen Infrastruktur ein Schwerpunkt in den Siedlungsgebieten. Es geht um KITAS, Schulneubauten, einen funktionierenden Nahverkehr, aber auch um ein Bürgerhaus in Mahlsdorf. Der Bau der Tangentialverbindung Ost auf Schiene und Straße bleibt auf unserer Agenda und wir unterstützen dabei eine „verschwenkte Trassenführung“ sowie die Forderung, unnötige Anbinderstraßen zu vermeiden. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Lebensbedingungen und Lebensqualität weiter verbessern und gemeinsam mit allen demokratischen Parteien für ein solidarisches Miteinander wirken.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Vor 80 Jahren: Bildung der Internationalen Brigaden

Vor dem Spanienkämpferdenkmal im Berliner Volkspark Friedrichshain versammelten sich am 1. Oktober Mitglieder des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 bis 1939“ (KFSR), um gemeinsam mit in- und ausländischen Gästen sowie Vertretern befreundeter Organisationen an die Bildung der Internationalen Brigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik vor 80 Jahren zu erinnern. Vorwiegend junge Mitglieder des Berliner Straßenchores sangen Lieder aus dem Spanischen Krieg.

An den Aufruf, der vor einem Jahr von gleicher Stelle zu aktivem Handeln entsprechend den Idealen der Interbrigadisten erhoben wurde, erinnerte die Vorsitzende des KFSR, Kerstin Hommel. Sie hob „die gewachsene Zahl von Veranstaltungen zum Andenken an die Freiwilligen der Freiheit für die Verteidigung der Spanischen Republik in vielen Regionen Deutschlands, aber auch in anderen europäischen Ländern, wie Großbritannien, Polen oder den Niederlanden“ hervor. In der Gegenwart zur Erinnerungskultur an den antifaschistischen und solidarischen Kampf in der Gesellschaft beizutragen, sei für die Mitglieder des Vereins eine Verpflichtung.

Zu den etwa 3.500 deutschen Freiwilligen, die dem spanischen Volk nach dem 18. Juli 1936 zur Seite standen, gehörte auch Otto

Schliwinski. Dessen Tochter Hannelore sprach anschließend über die Motive der Kämpfer aus 53 Ländern. Für sie besteht als Lehre aus der Geschichte die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns für Frieden und Freiheit. Sie forderte, „dass sich das offizielle Deutschland vor dem spanischen Volk wegen der aktiven Unterstützung des faschistischen deutschen Staates für Franco entschuldigt“.

Für den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter Spaniens, Juan Pablo

Tatsache, dass Spanien zum europäischen Schauplatz des Kampfes zwischen Freiheit und Totalitarismus wurde. Sich des selbstlosen Einsatzes der Kämpfer zu erinnern, sei ein Akt der Gerechtigkeit. Heute würden Gesten der Verständigung benötigt, „um die Gräben und Narben zu schließen“.

Gesine Löttsch, Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE, nahm das solidarische Handeln der internationalen freiwilligen Kämpfer vor 80 Jahren zum Anlass für die Forderung,

„heute nicht zu zulassen, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden“. Mit der von ihr unterstützten Initiative „Zivilcourage vereint“ reiste im Juni dieses Jahres gemeinsam mit weiteren jungen Antifaschisten Julian Wendt aus Nauen auf den Spuren der Spanienkämpfer nach Katalonien. Sein beeindruckender Rap-Gesang über Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser Reise schlug eine Brücke

zwischen Vergangenheit und Gegenwart, eindringlich seine Zeile: „Wofür sie damals kämpften, danach wir heute streben“.

Karla Popp



Viele junge Menschen nahmen an der Ehrung teil

Foto: Gabriele Senft

Garcia-Berdoy Cerezo, haben die geschichtlichen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Spanischen Krieg nichts von ihrer Bedeutung verloren. Er wies auf das Leid hin, das dem spanischen Volk zugefügt wurde und auf die

Außerordentlicher Landesparteitag für Koalitionsverhandlungen

Am letzten Septembertag trafen sich die Delegierten des 5. Landesparteitages der LINKEN. Berlin zu einer außerordentlichen Tagung. Anlass dafür war die Entscheidung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Klaus Lederer begründete den Antrag des Landesvorstandes. In der Debatte sprachen Udo Wolf, Katina Schubert, Christian Hoßbach (Grußwort), Tobias Tommer (Grußwort), Franziska Brychcy, Carsten Schatz, Lucy Redler, Lars Klinkmüller, Dagmar Pohle, Kurt Neumann, Carola Bluhm, René Jokisch, Hannah Rübzig, Steffen Zillich, Friederike Benda, Harald Wolf, Felicitas Karimi, Tobias Schulze, Manuela Schmidt, Sebastian Schlüsselburg, Ellen Brombacher, Michael Efler, Katalin Gennburg und Oliver Nöll. Weitere Wortmeldungen lagen vor von Regina Kittler, Carsten

Schulz, Antje Schiwatschew, Niklas Schrader, Jutta Matuschek, Jens Carlberg, Silke Stöckle, Volker Fischer, Chris Tzialampanas und Freek Blauwhof. Der **Antrag 1** wurde ohne Änderungen mit großer Mehrheit beschlossen:

Für einen sozial-ökologischen Politikwechsel in Berlin: Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen jetzt aufnehmen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. *DIE LINKE. Berlin nimmt Koalitionsverhandlungen mit der SPD Berlin und Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf.*
2. *Der Landesvorstand wird beauftragt, die Verhandlungskommissionen und Facharbeitsgruppen unter Beteiligung von Abgeordnetenhausfraktion und Bezirken zu*

besetzen. Richtschnur für die Verhandlerinnen und Verhandler der LINKEN sind das Wahlprogramm und der 12-Punkte-Stadt-Plan für Berlin. (siehe Seite 4 - d.R.)

BEGRÜNDUNG:

Nach zwei Sondierungsgesprächen, einmal nur mit der SPD, einmal mit SPD und Grünen, lässt sich ein ausreichender Fundus an Gemeinsamkeiten auf zentralen Politikfeldern erkennen. Konkrete Maßnahmen und Entwicklungslinien, die einen Korridor für wirksame Verbesserungen der Lebensbedingungen vieler Menschen in der Stadt eröffnen, müssen in Koalitionsverhandlungen bestimmt werden. Die drei Parteien haben sich darauf verständigt, dass in einer möglichen Koalition auf Augenhöhe miteinander gearbeitet wird und dass man die Kooperation mit der Stadtgesellschaft sucht.

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>**Friedensdemo in Berlin**

»



8.10., 12 Uhr, Auftaktkundgebung Alexanderplatz / Ecke Otto-Braun-Straße: „Die Waffen nieder!!! Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau“, Abschlusskundgebung 14.30 Uhr am Brandenburger Tor, Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, Berliner Friedenskoordination

DenkMalTour

» **8.10., 14 - 16 Uhr, Treff S-Bahnhof Biesdorf, Oberfeldstraße, Thema: Biesdorf zwischen Reichsnährstand und Nomenklatura;** auf den Spuren des Antifaschismus und des Faschismus in Biesdorf, zu Widerstandsorten der Arbeiterbewegung und zur Siedlung des Reichsnährstands, in der viele bekannte Nazis wohnten. Im Vorfeld des 1. Weltkriegs wollte Georg von Siemens in Biesdorf ein Luftfahrtunternehmen für die Rüstungsproduktion aufbauen. Nach 1945 wurde in den vielen leeren Wohnungen von der SMAD ein geschlossenes Areal für die Nomenklatura geschaffen - für Funktionäre und Künstler. Dort lebten unter anderen der berühmte Maler Otto Nagel und der erste Bürgermeister Berlins, Arthur Werner. Referent: Wolfgang Brauer (Heimatverein), Moderation: Janeta Mileva, organisiert von Helle Panke und den Naturfreunden Berlin. Kosten: 2,50 Euro

Tag der Regional- und Heimatgeschichte Marzahn-Hellersdorf 2016

» **5.11., 10 - 16 Uhr, Jesuskirche Kaulsdorf, Dorfkern auf dem Ager, Thema: Zur Kirchengeschichte von Marzahn-Hellersdorf,** Moderation: Prof. Wolf R. Eisentraut (Architekt - BdA); **Beiträge:** Wolfgang Brauer: Die Reformation in Brandenburg; Pfarrer Ingolf Göbel: Die Marzahner Kirchenunion von 1832/35; Horst Rubin: Der Pfarrer Adalbert Hosemann; Karin Satke: St. Martin Kaulsdorf-Mahlsdorf - die erste katholische Kirche nach der Reformation; Dr. Christa Hübner: Die evangelische Kirche und das NS-Regime; André Gaedecke: Der staatliche Umgang mit den Kirchen in den 1950er-Jahren; Harald Kintscher: Das Pfarrerehepaar Gundula und Anselm Tietsch; Pfarrer Hartmut Scheel: Die evangelische Kirchengemeinde Hellersdorf in den 1980er-/1990er-Jahren. *In der Mittagspause ist ein Imbissangebot gewährleistet.*

Hinten links:**internet**

Das s. g. G-10-Gesetz ermächtigt die deutschen Geheimdienste seit 1968, Telekommunikation aufzuzeichnen und zu überwachen.

Am 16.9.2016 reichte die DE-CIX Management GmbH, Betreiber des weltgrößten Internetknotens in Frankfurt am Main, Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein gegen die umfangreiche »strategische Fernmeldeüberwachung« an seinem Datenaustauschpunkt durch den Bundesnachrichtendienst (BND).

Mit einem Gesetzentwurf von Ende Juni will die Bundesregierung nun die elektronische Massenüberwachung gesetzlich legalisieren und bessere Kontrollinstrumente vorsehen.

Frage

Ist technologische Entwicklung gleichzusetzen mit Fortschritt, wenn damit zugleich der Verfall unserer zivilisatorischen Werte einhergeht?

R. Rüdiger**Bezirksvorstand**

» **18.10., 1.11.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **5.10., 2.11.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **6.10., 3.11.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **6.10., 3.11.** jeweils, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15-17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Außerordentliche Hauptversammlung

» **8.10., 10-17 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Themen:** Auswertung der Berliner Wahlen vom 18.9.2016 und erste Schlussfolgerungen; Nominierung u.a. für Bezirksamtsmitglieder der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf; Wahl der Delegierten für den 6. Landesparteitag der LINKEN. Berlin

Treffen im Wahlkreis 6

» **8.11., 18-20 Uhr, Stadtteilzentrum „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, mit Kristian Ronneburg, Themenvorschläge:** Wahlauswertung Berlin, Regierungsbildung Berlin, Konstituierung BVV und Bezirksamt in Marzahn-Hellersdorf, Vorbereitung Bundestagswahlen 2017

Basiskonferenz der LINKEN. Berlin

» **15.11., 18 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, im Mittelpunkt** stehen die Information und Diskussion der Koalitionsverhandlungen, bevor die Urabstimmung in der Mitgliedschaft beginnt.

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 13 - 18 Uhr
Freitag: 10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 04.10.2016. Auslieferung ab: 05.10.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 02.11. und am 01.12.2016.